



ERA-Einführung in Schwieberdingen

ERA – diese drei Buchstaben begleiten uns bereits eine geraume Zeit und es gehört nicht viel Phantasie dazu sich vorzustellen, dass uns die ERA-Einführung auch noch eine ganze Weile beschäftigen wird. Die Einführung des Entgelttarifvertrages am Standort Schwieberdingen sorgt dabei bei uns Betriebsräten, Ihren Vorgesetzten und der Personalabteilung für sehr hohen Aufwand. Es wird intensiv, ja fast fieberhaft an der Lösung der Probleme gearbeitet, die mit der Einführung verbunden sind. Der ursprüngliche Terminplan ließ sich nicht halten. Inzwischen ist klar, dass die Beschreibung und Neubewertung aller Arbeitsaufgaben in Schwieberdingen einen immensen Aufwand verlangt. Daher wurde der Termin, an dem Sie persönlich über die Einstufung Ihres Arbeitsplatzes und Ihre neue Entgeltzusammensetzung informiert werden, nach hinten verschoben. Wir Betriebsräte arbeiten schon seit einiger Zeit mit Nachdruck an der Überprüfung der von Ihren Vorgesetzten getroffenen Einstufungen. Uns steht dazu die von der Firma festgelegte Organisationsstruktur zur Verfügung. Das heißt, wir sehen, welche Tätigkeitsbeschreibungen in einer bestimmten Abteilung zur Anwendung kommen sollen, nicht aber welcher Mensch diese Aufgabe ausfüllen soll. In enger Zusammenarbeit mit der Personalabteilung versuchen wir Lösungen zu finden, die jedem Einzelnen gerecht werden. Wir messen bei der Klärung aller Fälle die Firma an ihrem eigenen Anspruch, nämlich der fairen Einführung von ERA. Ein wichtiges Instrument dazu ist die Einführungsbetriebsvereinbarung, die das Anrechnungsrisiko begrenzt und für jeden Mitarbeiter am Standort die sogenannte RB-Zulage sichern wird. Durch all diese Mechanismen wird sichergestellt, dass mit ERA kein heute bei Bosch beschäftigter Mitarbeiter weniger Geld bekommen wird als bisher. Schon jetzt werden darüber hinaus Höhergruppierungen im Altsystem, die auf Neubewertung zurückzuführen sind, vorgenommen. Und eine nicht unerhebliche Gruppe von Mitarbeitern wird mit der Einführung von ERA höhere Einkommen erhalten. Alle diese Effekte sind auf den von einer starken

IGM abgeschlossenen Tarifvertrag zurückzuführen. Wir werden auf der Betriebsversammlung am 19. Juli über den augenblicklichen Stand der Umstellung und zu den auftretenden Fragen mehr und detaillierter berichten.

Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser, die Tarifrunde 2006 ist zu Ende. Gerade noch ohne einen Streik konnten die Tarifvertragsparteien ein Ergebnis erzielen. Es zeigte sich einmal mehr, wie hart und unnachgiebig die Arbeitgeberverbände ihr Hauptziel verfolgen, die Arbeitskosten zu senken, was nichts anderes bedeutet, als unsere Einkommen zu verringern. Hätten wir nicht gemeinsam mit der IG Metall dagegen gehalten und durch unsere entschlossene Haltung deutlich werden lassen, dass wir auch vor einem Streik nicht zurückschrecken, wäre am Ende ein ganz anderes Ergebnis gestanden!

Auch wir Schwieberdinger haben einen Beitrag geleistet, die Aktionen des Bezirks unterstützt, die Verhandlungstermine begleitet, eine eigene Aktion vor dem Tor durchgeführt und unsere Jugend hat sich am Jugendtag trotz Regens stark eingebracht. Dafür danken wir allen Beteiligten. Insgesamt kann man feststellen, dass sich unser Einsatz noch wesentlich intensivieren lässt.

Die dreiprozentige Erhöhung der Löhne und Gehälter wurde nicht durch Bitten und Betteln erreicht, sondern durch den gemeinsamen Einsatz der Kolleginnen und Kollegen, durch die Kraft der IG Metall-Mitglieder und ihrer Gewerkschaft. Diese Kraft gilt es zu stärken, die Mitgliedschaft gibt es bereits für 1%! Das lohnt sich allemal. Wenn Sie jetzt eintreten, bleiben dennoch zwei Prozent mehr für den Geldbeutel, ein doppelter Gewinn! Das Beitrittsformular finden Sie auf der letzten Seite dieses Hefts – worauf warten Sie noch?

Ein Schlaglicht auf die wirtschaftliche Lage bei RB

Was ist den Jahren 2004 und 2005 gemeinsam? Beide Male erreichte Bosch, das sind inzwischen 252 000 Menschen im In- und Ausland, das jeweils beste Ergebnis der Firmengeschichte.

Ein beruhigendes Gefühl für die Belegschaften, bei einer Firma zu arbeiten, die so erfolgreich wirtschaftet. Für alle Belegschaften? Nein, denn dieses beruhigende Gefühl kann schnell abhanden kommen. Zwei Beispiele: Es war wie ein Beben, das die Bosch-Welt erschütterte: VW hat beschlossen, bei Dieselmotoren die Pumpe-Düse-Einheit (PDE) aufzugeben und bis zum Jahr 2012 vollständig auf Common-Rail umzusteigen. Bisher war VW der einzige Abnehmer dieses Systems und Bosch der einzige Zulieferer. Bosch hatte diese Diesel-Einspritzung exklusiv für VW entwickelt, selbst bei Audi hatte man von Anfang an auf Common-Rail gesetzt.

Jetzt stehen etliche Standorte vor großen Problemen: Rommelsbach (bei Reutlingen), Feuerbach, Rodez und Venissieux (beide in Frankreich) und Bursa in der Türkei. Etwa 4500 Arbeitsplätze hängen direkt oder indirekt an der PDE und die Sorgen der Betriebsräte an den Standorten wachsen von Tag zu Tag.

In Reutlingen, so war kürzlich in den Zeitungen zu lesen, haben sich Werkleitung und Betriebsrat nach mehrjährigen Verhandlungen geeinigt, und das neue Chipwerk wird dort gebaut. Zumindest auf dem Papier scheint die Übernahme der Beschäftigten aus Rommelsbach in das neue Werk möglich, die Zukunft wird zeigen, ob diese Überlegung in der Praxis auch tragfähig ist. In Feuerbach und Rodez hingegen ist keine derartige Lösung in Sicht. Bosch hat auch kein neues Produkt in Entwicklung, das den heute dort Beschäftigten weiter Lohn und Brot sichern könnte. Es bedarf keiner großen Hellseherkünste, um vorausagen zu können, wie sich das Verfahren abspielen wird: Die Bosch-Geschäftsführung wird versuchen, die Standorte mit vagen Versprechungen zur Beschäftigung

gegenseitig auszuspähen und die Betriebsräte zu „Zugeständnissen“ zu zwingen. Am Ende wird auf jeden Fall ein deutlicher Personalabbau stehen!

Beim Geschäftsbereich EB wird die Situation langsam unheimlich. Monatlich wird der Termin verschoben, zu dem eine Entscheidung über den Fortgang der „Sanierung“ getroffen werden soll. Man hört nur noch, dass die EB-Leitung schon lange nicht mehr der Herr des Verfahrens sei, sondern die Schillerhöhe sich eingeblendet habe. Stattdessen löst ein Gerücht das andere ab. Wenn etwas zunimmt in der gegenwärtigen Situation, dann ist es die Verunsicherung der Kolleginnen und Kollegen, die sich fragen, was diese lange Suche an Ergebnissen bringen wird. Für uns Beschäftigte verheißt das wenig Gutes!

Festzuhalten bleibt: Immer wieder wird uns vollmundig erklärt, es müsse der Firma gut gehen, dann würde es auch der Belegschaft gut gehen. Heute sind wir bereits einen Schritt weiter: Auch wenn der Laden brummt, so gibt es immer wieder viele Ecken, die vermeintlich rote Zahlen schreiben, schlecht dastehen, nicht wettbewerbsfähig sind,..... Am Ende bleibt die Verwunderung, wie sich aus der Summe der roten Zahlen ein Ergebnis wie das des Jahres 2005 ergeben kann!

Herausgeber: IG Metall Stuttgart
www.igmetall-stuttgart.de
eMail: jordana.vogiatzi@igmetall.de

Verantwortlich: Hans Baur, 1. Bevollmächtigter

Redaktion: IG Metall: Jordana Vogiatzi, Benno Eberl

BER-Si: Armin Knust, Walter Gabriel, Peter Fraass, Georg Köpff, Ulrich Jäger, Klaus Peter Meier, Peter Schimke

Herstellung: hartmann Druck, Wildberg

Reform im Gesundheitswesen

Was hat die Fußball- WM mit der Reform im Gesundheitswesen zu tun? Während sich das öffentliche Interesse auf den Fußball konzentriert, Ronaldinho, Beckham und Ballack die vorherrschenden Themen sind und sich die Sportredaktionen freuen, endlich einmal das Fernsehen und die Zeitungen nach Belieben dominieren zu können, werden ohne großes Echo in der öffentlichen Meinung die Eckpunkte der Reform Stück um Stück festgelegt. Dabei geht es derzeit nicht um Stückwerk, das in der Vergangenheit oft am Ende des politischen Tauziehens stand, es wird nicht über Arzneimittelfestpreise oder die Übernahme der Taxifahrten zum Arzt gestritten, sondern das ganze Finanzierungssystem unseres Gesundheitswesens soll auf neue Grundlagen gestellt werden – und das passiert sozusagen im Schatten der WM- Begegnungen.

Hatte man bis vor kurzem noch den Eindruck, die Kopfprämie der CDU/CSU und die Bürgerversicherung der SPD stünden sich wie zwei unvereinbare Bollwerke gegenüber, so zeigen die Gespräche, dass es viele weitere Ideen gibt, die mit Elementen aus beiden Modellen bestückt werden können. Wir müssen dennoch - oder gerade deshalb - ein waches Auge auf den Fortgang der Gespräche haben.

Gesundheit ist ein hohes Gut und nicht zum Billigtarif zu haben. An der Gesundheit kann man andererseits auch gut verdienen. Wer wäre nicht bereit, für seine Heilung auch in die eigene Tasche zu greifen? Ältere Menschen werden häufiger krank, müssen mehr und oft teure Medikamente einnehmen. Der medizinische Fortschritt hat dazu beigetragen, dass die durchschnittliche Lebenserwartung ständig steigt, er beschert uns aber im Zusammenhang mit der sinkenden Geburtenrate eine alternde Gesellschaft. Aus diesen Gründen lässt sich absehen, dass wir entweder die Wahl haben, mehr Geld für die medizinische Versorgung aufzuwenden oder aber eine Zwei- oder Mehrklassenmedizin aufzubauen. Dann deckt die allgemeine Krankenversicherung nur noch das Nötigste ab, jede weitere Leistung muss der Versicherte selbst bezahlen oder über eine private Zusatzversicherung abdecken. Auch die Arbeitgeberverbände kommen wieder ins Spiel, denn bisher beteiligen sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber (fast) zur Hälfte an den Krankenkassenbeiträgen. Seit Juli letzten Jahres müssen wir Versicherte für die Kosten des Zahnersatzes alleine aufkommen, d.h. wenn eine Krankenkasse (z.B. die Bosch-BKK) einen Beitragssatz von 13,2 % verlangt,

zahlt der Arbeitgeber 6,6 %, der Arbeitnehmer aber 6,6% + 0,9 % = 7,5 %! Damit muss die Arbeitgeber die Entwicklung beim Zahnersatz nicht mehr kümmern, steigen die Aufwendungen der Krankenkassen, steigt auch der dafür erhobene Beitrag zu unseren Lasten. Daher müssen wir wachsam sein und dem weiteren Ausbüchsen der Arbeitgeber aus ihrer sozialen Verantwortung gegensteuern. Gesundheit ist eine Aufgabe aller und es geht nicht an, dass eine wichtige Gruppe, die zudem ein starkes Eigeninteresse an einer gesunden Bevölkerung (sprich gesunden Belegschaften) hat, sich mehr und mehr aus der Verantwortung schleicht.

IG Metall warnt vor Zerstörung der solidarischen Krankenversicherung

Die IG Metall hat die Vertreter der Großen Koalition aufgefordert, das System der solidarischen Krankenversicherung zu erhalten und das geplante Fondsmodell grundlegend zu überdenken. „Die IG Metall lehnt die bekannt gewordenen Eckpunkte der Großen Koalition strikt ab. Sie laufen nicht auf eine solidarische Reform, sondern auf die politische Zerstörung der sozialen Krankenversicherung hinaus! Einer hochwertigen und solidarischen Gesundheitsversorgung aller Teile der Bevölkerung würden die leistungsrechtlichen und finanziellen Grundlagen entzogen“, heißt es in einer vom Vorstand der IG Metall am Montag in Frankfurt beschlossenen Resolution. Mit dem Konzept der „solidarischen Bürgerversicherung“ habe die IG Metall Vorschläge unterbreitet, die eine leistungsfähige Gesundheitsversorgung für alle sicher stelle und die Spaltung in eine Zwei-Klassen-Medizin überwinde. Insbesondere die SPD sei aufgefordert, zu der solidarischen Bürgerversicherung zu stehen und diese nicht dem Koalitionsfrieden zu opfern. „Mehr und nicht weniger Solidarität muss Leitlinie der Reform sein“, heißt es in der Erklärung. Die Einführung eines so genannten Gesundheitsfonds widerspreche in zentralen Strukturentscheidungen dem Konzept einer solidarischen Bürgerversicherung und öffne den Weg hin zu einer ausschließlichen Kopfpauschalen-Finanzierung und einer vollständigen Privatisierung der Krankenkassen, kritisiert die IG Metall. Zudem würde das Einfrieren des Arbeitgeberbeitrages den endgültigen Abschied von der paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung bedeuten. Die Arbeitgeber würden dauerhaft entlastet und Kostensteigerungen einseitig den Versicherten aufgebürdet. Die IG Metall kündigte an, in den nächsten Wochen und Monaten gemeinsam mit dem DGB und anderen Bündnispartnern für eine solidarische Gesundheitsreform einzutreten.

Robert Bosch und die Arbeitszeit

Stellen wir uns vor, der Firmengründer Robert Bosch greift in die augenblickliche Debatte um die Arbeitszeit ein! Dieser Gedanke ist nicht abwegig, denn er hat sich über dieses Thema viele Gedanken gemacht. Also: Lassen wir an dieser Stelle ihn selbst zu Wort kommen. Das Thema ist heute noch oder wieder so aktuell wie 1932. Sein Artikel ist überschrieben mit „Arbeit für alle!“ und der Schrift „Die Verhütung künftiger Krisen der Weltwirtschaft“ entnommen. Die Situation heute ähnelt der damaligen: Der Staat setzte auf einen harten Sparkurs, die Löhne sanken, die Arbeitslosenunterstützung wurde immer weiter gestrichen sowie die Bezugszeiten verkürzt und die Zahl der Arbeitslosen kletterte auf über sechs Millionen Menschen. Vor diesem Hintergrund nehmen sich die Ideen von Robert Bosch ausgesprochen modern aus.

Lesen Sie selbst:

Arbeit für alle!

Eine Herabsetzung der Arbeitszeit ist nötig, und sie ist möglich. Also muss sie gemacht werden

Von Robert Bosch

Wenn man darangehen will, alle Menschen an die Arbeit zu bringen, so wird man in erster Linie sich überlegen müssen: Kann man anstatt der heute üblichen 2400 Stunden eine kürzere Arbeitszeit einführen, also etwa 1800 Stunden jährlich? Bei ruhiger, unvoreingenommener Betrachtung muss man zu der Überzeugung kommen: Eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf etwa 1800 Stunden jährlich für jeden Arbeitsfähigen ist unvermeidlich. Ob diese sechs Stunden täglich richtig sind, ob man nicht noch weniger lang wird arbeiten müssen, wird man immerhin in der Praxis erproben müssen. Man wird nach meiner Schätzung wohl eher mit weniger als 1800 Stunden jährlich auskommen, als dass man etwa 2000 Stunden brauchen wird. Es mag dem sein, wie ihm will: Der heutige Zustand ist unhaltbar, und Fehler, die man macht und verbessert, sind besser der heutige Zustand. Auf

keinen Fall darf der Grundsatz, allen muss man Arbeit geben, zugunsten von Einzelheiten, die entgegeng gehalten werden, zu Fall kommen. Eine Herabsetzung ist nötig, und sie ist möglich! Also muss sie gemacht werden. Zweck der Herabsetzung der Arbeitszeit ist, neben der moralischen Wirkung der Beschäftigung aller, die Schaffung höherer Kaufkraft. Dieser Zweck wird erreicht dadurch, dass alle verdienen. Ob man künftig, das heißt bei der Sechsstundenschicht, denselben Lohn bezahlt wie bisher, scheint mir nicht ausschlaggebend. Herabsetzung der Warenpreise, wenn sie wirklich durchgeführt wird, hat denselben Erfolg. Das Verhältnis Lohnhöhe zu Warenpreisen ist ausschlaggebend. Vor allem: Lohnsumme, nach Abzug von Steuer- und Soziallasten im Verhältnis zu der Höhe der Kosten des Lebensstandards, ist das Ausschlaggebende. Der Unternehmer ist keineswegs der Feind des Arbeitnehmers. Ihm liegt die Last ob, seinen Betrieb am Leben zu halten, sein Kapital zu beschäftigen. Er muss dafür sorgen, dass die Weltwirtschaft in Gang bleibt. Es wird dies keineswegs immer leichter werden. Die Wirtschaftsführer müssen auf der Höhe bleiben und die Errungenschaften der Forschung und der Wissenschaften kennen und ihrem Betrieb nutzbar machen. Der Zweck der Weltwirtschaft ist: Den Erdbewohnern das größte Wohlergehen sicherzustellen. Alle Errungenschaften des menschlichen Geistes sollen allen unseren Mitmenschen in möglichst großem Ausmaße zur Verfügung stehen. Es wird künftig für den Unternehmer keinen Anlass geben, sich zu sagen: Ich darf dem Arbeiter nicht über einen bestimmten Lohn bezahlen. Es liegt dies gar nicht im Interesse des Unternehmers. Das Streben der Wirtschaftsführer muss sein: Dem Menschen immer mehr Lebens- und Verbrauchsgüter zur Verfügung zu stellen, immer mehr Möglichkeiten der Beschäftigung für seine Mitmenschen zu finden. Wirtschaftsführer, Kapitalist zu sein, wird nur für schöpferische Menschen einen Anreiz bieten, und je weniger schwer es sein wird als Arbeiter sich seines Lebens zu freuen desto weniger groß wird das Bestreben Führer zu werden, bei denjenigen sein, die nicht den

inneren Beruf und Drang dazu haben. Es muss, um keine falschen Hoffnungen zu erwecken, doch darauf hingewiesen werden, dass die Durchführung dieses Planes immerhin Mittel in einem Ausmaß bedarf, wie sie im Augenblick nicht vorhanden sind. Es wird auch nicht möglich sein, diese Mittel z.B. in Deutschland in verhältnismäßig kurzer Zeit ersparen zu können. Dazu kostet uns schon unser Staatshaushalt zuviel. Werden wir soweit sein, dass wieder Vertrauen in die Verhältnisse kommt, so wird die Sache leichter werden.

Immerhin hat die zivilisierte Menschheit eingesehen, dass es nicht so weitergehen kann. Da ist doch zu hoffen, dass auch die Politiker einmal einlenken werden.

Auszug aus: "Die Verhütung künftiger Krisen der Weltwirtschaft" (1932); abgedruckt in: „Sei Mensch und ehre Menschenwürde“ – Aufsätze, Reden und Gedanken von Robert Bosch. Bosch-Schriftenreihe Folge 1, Stuttgart 1950 (Archiv Robert Bosch GmbH)

Wahl der Schwerbehindertenvertretung am Standort Schwieberdingen

Da der bisherige Schwerbehindertenvertreter Werner Voit, FCM-Si zum 30.6.2006 in den Ruhestand wechselt, war am 27.06.2006 die Neuwahl der Schwerbehindertenvertretung mit Stellvertretern notwendig.

Zur Wahl stellten sich ein Bewerber als Vertrauensperson und vier Bewerber/innen als Stellvertreter/in.

In zwei getrennten Wahlgängen wurde die Vertrauensperson und die Stellvertreter/in gewählt.

Als Vertrauensmann wurde **Herbert Csanitz**, GS/ETC 4 gewählt.

Entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen sind von den vier Bewerbern, folgende drei Kandidaten/in zu seinen Stellvertretern/in gewählt:

1. Gabriele Dallheimer, BER-Si
2. Jenö von Egan-Krieger, GS/ETC 3
3. Christoph Mrosła, GS/ETC 3

Wir gratulieren allen gewählten Kolleginnen und Kollegen zu der verantwortungsvollen Aufgabe und wünschen Werner Voit viel Glück und Gesundheit im Ruhestand.

Solchen Arbeitgebern zeigen wir die rote Karte!

Was ist passiert?

Die Dräxlmaier-Konzernspitze ließ ohne jegliche Vorankündigung gegenüber den Beschäftigten, dem Betriebsrat, der IG Metall, in einer Nacht- und Nebelaktion das gesamte Werksgelände ihres Betriebs Holzindustrie Bruchsal, Standort Böblingen am Feiertag, den 15. Juni 2006 (Fronleichnam) räumen. Damit wurde 146 Beschäftigten und ihren Familien der Boden unter den Füßen entzogen. Gegen dieses hinterhältige und feige Vorgehen der Dräxlmaier-Zentrale haben wir am 27. Juni 2006 vor dem Werksgelände der Holzindustrie Bruchsal (in Bruchsal) mit unseren Feurbachern und vielen Kolleginnen und Kollegen aus anderen Betrieben protestiert. Wir fordern den Erhalt aller 146 Arbeitsplätze innerhalb des Dräxlmaier-Konzerns! Wir stehen hinter der Forderung unserer IG Metall. Diese fordert, dass



die Kunden des Dräxlmaier-Konzerns sich dafür einsetzen, dass gesetzliche, soziale und ethische Mindeststandards bei Dräxlmaier eingehalten werden. Wenn nicht, so müssen die bestehenden Geschäftsbeziehungen mit dem Dräxlmaier-Konzern gekündigt werden!



Die IG Metall hat die Tarifrunde 2006 erfolgreich abgeschlossen!

Dabei erzielte sie folgende Ergebnisse:

I. Entgelte

1. Einmalbetrag

Für die Monate März bis Mai 2006 bleibt es bei den bestehenden Lohn-, Gehalts- und Ausbildungsvergütungen. Für diese drei Monate erhalten die Beschäftigten einen Einmalbetrag, der für Vollzeitbeschäftigte 310 € beträgt. Für Auszubildende gibt es einen anteilig reduzierten Betrag in Bawü 125 €. Die Auszahlung dieses Einmalbetrags erfolgte bereits mit der Abrechnung im Mai 2006.

2. Tabellenerhöhung

Ab dem 01.06.2006 haben sich die Tabellenbeträge um 3 % erhöht. Diese neuen Tabellen haben eine Laufzeit von 10 Monaten und können somit erstmals zum 31.03.2007 gekündigt werden. Eine Erhöhung der Ausbildungsvergütungen erfolgt entsprechend.

II. Altersvorsorgewirksame Leistungen (AVWL)

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Probleme der gesetzlichen Rentenversicherung ist ein neuer Tarifvertrag (TV) über altersvorsorgewirksame Leistungen (TV AVWL) vereinbart. Dazu werden die bisherigen Leistungen von monatlich 26,59 € des TV VWL in einen entsprechenden Altersbaustein umgewidmet. Die monatlichen Zahlungen werden bis zum Dezember 2006 gesammelt und als AVWL-Beitrag fällig.

Die Einzahlung erfolgt in das Altersvorsorgemodell „Bosch Vorsorge Plan“.

Dieser neue TV AVWL wird zum 01.10.2006 in Kraft treten.

Dieser TV AVWL ist erstmals kündbar zum 31.12.2012. Er wird zugleich zeitlich synchronisiert mit dem TV Entgeltumwandlung, da dieses Instrument auch nach dem neuen Tarifvertrag weiterhin Anwendung finden soll.

Nach dem neuen Tarifvertrag vom 1.10.2006 über AVWL haben Sie - durch die IG Metall - einen Anspruch auf einen AVWL-Beitrag.

Ihre Anfragen/Meldungen senden Sie bitte direkt an folgende Email Adresse mit Angabe Ihres Namen, Eintrittsdatum und Personalnummer:

BOBS@Bosch-bAV-service.de
Tel: 0711 811-46000

Hinweis für Kollegen/innen mit Firmeneintritt vor dem 01.02.2005:

Bereits abgeschlossene Verträge über vermögenswirksame Leistungen (VWL) bleiben unverändert bestehen, die Beiträge werden unverändert abgeführt.

Dieses gute Ergebnis konnte nur durch den Einsatz der IG Metall-Mitglieder mit ihrer Gewerkschaft im Rücken erzielt werden !



Auch Si-Kollegen setzten sich mehrmals aktiv in der Tarifrunde 2006 für ein gutes Ergebnis ein!

Jetzt Mitglied werden!

Beitrittserklärung und Einzugsermächtigung

(Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen)

Name, Vorname:.....

Geb.-Datum:.....

Straße:.....

Betrieb:.....

PLZ:.....

Ort:.....

Mitgliedsbeitrag €:..... (1 % des monatl. Bruttoeinkommens) ab Monat:

Ich bin vollzeitbeschäftigt

teilzeitbeschäftigt

Auszubildende/r

gewerbl. Arbeitnehmer/in

Angestellte/r

kaufm.

techn.

Meister

Bankverbindung:.....

BLZ:..... Kto.-Nr.:.....

Name des Kreditinstituts:.....

Hiermit ermächtige ich widerruflich die IG Metall, den jeweils von mir nach Paragraph 5 der Satzung zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von einem Prozent des monatlichen Bruttoverdienstes bei Fälligkeit einzuziehen. Ich bin damit einverstanden, dass die IG Metall personenbezogene Daten über mich mit Hilfe von Computern speichert und zur Erfüllung der Aufgaben der IG Metall verarbeitet

Datum:..... Unterschrift:.....